

halleische Neueste Nachrichten Handelsblatt für Mittelddeutschland

Das 'Fests-Jahrgang' erscheint an jedem Donnerstag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis beträgt 3.00 Reichsmark, ...

Neues in Kürze.

Drehtafelungen und Radiotelegramme. Am Wochenanfang wollen sich sämtliche Kleinhandelsbetriebe in Berlin wieder leichte Steigerungen an der Preisoberfläche wirtlich bis hierher ...

Aus Berlin wird gemeldet: Ein neuer Kleinfonkschnitt in der Metallindustrie liegt fertig. ...

Der Wochenabschluss hat im Reichsgebiet im allgemeinen nur einen schwachen Fortgang der Wiederbelebung der Wirtschaftslage gezeigt. ...

Eine Besammlung luxemburgischer Industrieller sprach sich laut 'Luxemburger Zeitung' für eine Sonderbehandlung luxemburgischer Ausfuhrwaren nach Deutschland aus. ...

Aus Berlin wird gemeldet: Der Posthof gegen Italien zeigt kein Aufwachen. Im Berliner Großhandel unterzeichneten 11 Firmen die Verpflichtung, 3 Monate lang keine italienischen Waren zu beziehen. ...

Beschämend für den vielgerühmten Geist von Locarno ist die Wiederaktivität der alliierten Kontrollkommission in Deutschland. ...

Im Reichstag ist ein Antrag Erzeleyn (Dem.) eingegangen, der die Reichsregierung ersucht, dem Reichstag mit möglichst Beilehnung ein Gesetz (Namenlos) vorzulegen. ...

Im Distrikt der Lednischen Hochschule Charlottenburg sind gestern die feierliche Einweihung in Anerkennung seiner hervorragenden Leistungen in der Sache des internationalen Friedens durch den Abhiß der Locarno-Verträge. ...

Die Stadt Birmingham verließ dem englischen Außenminister Chamberlain die Ehrenbürgerrechte in Anerkennung seiner hervorragenden Leistungen in der Sache des internationalen Friedens durch den Abhiß der Locarno-Verträge. ...

Die Londoner 'Times' melden aus Washington im mexikanischen Konflikt beiderlei Parteien Anfechtungsschritte mexicanischer Staatsangehöriger in den Vereinigten Staaten sind aufgehoben. ...

Das Konularfors in Kanton hat die Schließung der Häfen von Whampoa und Kanton, die vom Zollamt angeordnet wurde, einstimmig gebilligt. ...

Einer noch unbefriedigenden Meldung zufolge ist Marfak Wupen in Hanfau ermorde worden. ...

Kundgebung für deutsche Geisteskultur.

„Die Intendenz der Intellektuellen muß überwinden werden!“

Im Reichstagsgebäude fand am Montag abend eine außerordentlich zahlreich besuchte Kundgebung für deutsche Geisteskultur statt. ...

„Aus dem Lager der deutschen Geistesarbeiter.“ Die vier Gestalten im Reichstagsaal, die die Kardinaltugenden der Reichstagsabgeordneten darstellten: Tapferkeit, Weisheit, Gerechtigkeit und Demut ...

Das Ergehen der ganzen Kulturpolitik hängt auch vom Gelingen der Wirtschaft ab. Er herrscht ein tiefer Pessimismus, aber gerade da steht der Jued dieit Kundgebung ein: „Haut die Pessimisten!“ ...

Zur Nachahmung empfohlen!

Aus Dürrenmühlender in Württemberg wird gemeldet, daß dort mit wenigen Ausnahmen die Lederindustrie, Handwerker, Metzger, Bäcker, ...

Was in dem kleinen württembergischen Nest Dürrenmühlender das wirtlich-berufliche Volk Reichshand erhalte ...

Schwarzrot-gold macht feierschicht.

Auf der zweiten Jahresfeier des Reichsbanners Schwarzrot-Gold in Hamburg wird angekündigt ...

Ausfall für den Revolutionsmonat März.

In Großhagen, südlich von Berlin, drangen Kommunisten in ein Lokal ein, wo der Reichsbanner aus Großhagen sein Winterlagerung abhielt ...

Parteien und Staat.

Die Krisis des Parlamentarismus und ihre Gründe.

Kürzlich wies ich in einem Artikel Parteien und Staat, die außenpolitische Isolierung und ihre Gründe ...

Reichsanwalt Dr. Luther führte aus: Die unmittelbare Arbeit der Reichsregierung ist leider nicht nur beengt und bedrängt durch die große Not ...

Die Spitzenleistungen der Kultur sind gerade da, wo die Spitzenleistungen der Wirtschaft sind, mit am stärksten nachlassen und sind als Voraussetzung für wirtschaftliches Schaffen ...

Reichsanwalt Dr. Luther gab im weiteren Verlauf seiner Rede die Versicherung ab, daß alles gefehlet werde, um die Kultur in ihren Aufgaben zu unterstützen. ...

Wurden. Als das inzwischen alarmierte Überfallkommando eintraf, waren die Kommunisten bereits verschwunden.

In der Stadthalle in Krefeld hielten gestern die Dittelforscher und Duisburger Wirtlichen eine gemeinsame Tagung ab, nach der die Teilnehmer in geschlossenem Zuge durch die Stadt gingen. ...

Am Sonntag nachmittags 5 Uhr kam es in Anna (Westfalen) zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Angehörigen der völkischen Parteien (Reichswort und Schillbund) ...

bleibt die Regierung fest?

Die aus Rom und Paris vorliegenden Meldungen von einer Aufnahme Bolens in den Reichsrat ...

Der scheidende Gelehrte war Montag früh im Auswärtigen Amt. Sein Besuch dauerte etwa eine Stunde. ...

Was Wuppau wird gemeldet: Im politischen Gejm wiederholte der Außenminister am Sonntag mittig seine Erklärung ...

Der Minister 'Corriere della Sera' meldet aus Rom: Mussolinis Ankündigung an den polnischen Gelehrten, Polen sollte Italien zuvorkommen ...

Parteien und Staat.

Die Krisis des Parlamentarismus und ihre Gründe.

Kürzlich wies ich in einem Artikel Parteien und Staat, die außenpolitische Isolierung und ihre Gründe ...

Die Krisis des Parlamentarismus und ihre Gründe. Heute schlage ich denselben Gedanken an, ihn auf die Innenpolitik anzuwenden ...

Ein und derselbe Grund besteht für die außenpolitische Isolierung und die Krisis des Parlamentarismus ...

Was soll ohne die überparteiliche Staatsregierung bei unserer Parteiorganisation jemals ...

Die Verberblichkeit des heutigen Parteiens, mangels einer wirtlichen, allen anderen an Gimmigkeit und Kraft überlegenem Regierungssystem ...

Das Volk wendet sich mit Ekel ab von dem schändlichen Schicksal der Republik und des Reichsbanners ...

Dagegen bei uns? Könnte die das Zentrum die große deutsche Mehrheitspartei werden? ...

Wird es nicht die Sozialdemokratie sein, die die großen grundlegenden Gesetze und Reformen treffen ...

Wird es nicht die Sozialdemokratie sein, die die großen grundlegenden Gesetze und Reformen treffen ...

Wird es nicht die Sozialdemokratie sein, die die großen grundlegenden Gesetze und Reformen treffen ...

Die große Hoffnung deutscher Zukunft ist heute die völkische Partei, die Deutschnationale, aber ...



Einflussreiche werden müssen, in dem Programm stünde. Nach Lage der Dinge, das die Deutschnationale Partei mit der nötigen unerschütterlichen Zielstrebigkeit darauf hinarbeitet, in solcher Weise die Staatsangelegenheiten auf einer wirklichen Wehrbasis zu gründen.

Es ist sehr bequem, zu erklären: Die deutsche Parteienpolitik ist unheilbar, ist Volksgarantie. Damit schließt man nur die eigene Partei und den anderen ab. In der Tat liegt hier eine wirkliche Möglichkeit, die deutsche Wehrpolitik auf eine wirkliche Wehrbasis zu gründen, nicht am deutschen Volk, sondern bei den Parteien und Parteiführern, die kein Programm auf dem Herzen haben, sondern nur eine große Zahl, sondern die große Mehrheit des Volkes sich einander erklären können.

Das gilt auch für die Deutschnationale Partei; und die Frage, ob sie die letzte Hoffnung unseres Volkes auf Durchführbarkeit des parlamentarischen Regimes erfüllen wird, hängt davon ab, ob sie diese Voraussetzungen einer wirklichen Wehrpolitik erfüllt und unbedeutend zu lassen weiß. Der Erfolg kann freilich nur eintreten, wenn ihr gleichzeitig der Unterstützung der parteipolitischen Staatsregierung in der Volksmehrheit gelingt. Ob diese Erzielung des Volkes zur Staatsregierung von der Deutschnationalen Partei und Führerschaft von Deutscher Seite geliebt werden kann, oder ob dazu nicht andere Kräfte herangezogen werden müssen, ist ein einmalig geprüft. Aber so lange die Mehrheit unseres Volkes keine feste, überparteiliche Staatsregierung und Führerschaft hat, ist die deutsche Wehrpolitik und einseitige Linie gibt, so lange gibt es für die Innenpolitik, was ich in dem eingangs erwähnten Aufsatz für die Außenpolitik feststellen mußte; so lange wird unser Volk und Vaterland in der Welt nicht als ein Volk angesehen, sondern als ein Stück von einem anderen Volk.

Dr. S. E. 13.

Volksgeundheit und allgemeine Volkswohlfahrt

Der Hauptausfluß des Preussischen Landtages besteht darin, daß am Montag in der fortgesetzten Beratung des Wehrvertragsabkommens mit dem Reichstag die Volksgeundheit und allgemeine Volkswohlfahrt im Mittelpunkt der Verhandlungen steht. Der Reichstag hat (3.) mündlich die Fortsetzung einer Kommission über den Gesundheitszustand in Preußen und ferner

Logische Volksbelehrung und Ausbildung der Lehrer

auf dem Gebiete der Volksgesundheitslehre. Dabei gliedert der Redner die folgenden Wirkungen der Verbreitung von Gram 1910 u. S. 6 ff. in drei mit richtigem Inhalt. Weiter gab er der Hoffnung Ausdruck, daß die Volksgeundheit in der zweiten Hälfte des April feststünde, weitere Ausführungen über die Volksgeundheit künden und das Verantwortungsgesetz der Bevölkerung hätten werde.

Er wünscht, daß der Geistliche des betr. Ortes zur Begünstigung von Gesundheitsplätzen, Grundbesitz und Flächen herangezogen werde. Zum Schluß wies der Redner, daß bei der Wahl für Schulbesuch eine Trennung nach Geschlechtern vorgenommen werde.

Ministerialdirektor Dietrich hob hervor, daß die verflochtenen Jahre der Not unter tuberkulösen Frauen und Kindern eine scharfe Auswahl gehalten hätten; Grippe und Typhus-epidemien hätten die Widerstandsfähigkeit herabgesetzt. Um so bedenklicher ist, daß unsere hygienischen Einrichtungen zurückgefallen sind. Zu wünschen sei, daß die

Stunde der Gesundheitsbelehrung

in der Schule, die während der Keuchhustenepidemie probiert eingeführt wurde, zu einer Dauererziehung werde. Schließlich betonte der Regierungsdirektor, daß die Regierung darauf

ausgehe, möglichst alle Kreisärzte zu Volkshelobeten zu machen. — Der Präsident der Nahrungsamt-Untersuchungsanstalt **Judenack** hob hervor, daß die Ernährungsfrage noch vorläufig zu entscheiden sei. Das Ziel der Volksgeundheit sei es, daß eine Tabelle über zweifelhafte Ernährung des Menschen vom Rindfleisch an vorgelegt werden soll. **Abg. Beimer (Soz.)** forderte Forderung der Selbstverwaltung der Kreise und Städte. Er verlangte die Zahl der Gemeinderäte von 5 auf 8. — **Abg. Steinbock (Nat.)** wollte, daß das Reich für eine Aufhebung der Kleinrenten und Sozialrenten Sorge, sowie den freien Volkswirtschaftlichen Arbeiter zur Verfügung stellen, daß die Forderung sich nicht vollständig auf das ganze Volk ausbreite.

Abg. Dr. Böhm (D. Sp.) wies auf die imigen Zusammenhänge einer vernünftigen Steuergebarung mit der Förderung der Volksgeundheit hin.

— **Ins** will scheinen, daß der volksparteiliche Gedanke von dem Reich getroffen hat. Es ist wirklich ein hervorragendes Versehen, erst (sonst Staatsausgaben und also auch Steuern zu bewilligen, das die Wirtschaft erlaßt und also das ganze Volk in Not kommt, und dann neue Ausgaben zu machen, die die Einzelgehälter der Not mit sich bringen, aber die Grundbesitzer, die Steuer- und Wirtschaftsnot noch vergrößern.

Das beste Mittel gegen die Tuberkulose und alle sonstige Art ist eine gut rentierende Wirtschaft, und das beste Mittel hierfür ist der Staatsausgaben und Steuern. Man soll es mit der Wirtschaft machen wie mit der Tuberkulose: der Tuberkulose heilt man so auch nicht, indem man ihn zuhauen und abtöten läßt, sondern indem man ihn rechtzeitig an der Wurzel des pflanzen zerstört. Man soll nicht die Ursache, sondern die Wirkung an den Nieren durch das heutige Parlamentarismus und gründliche Luftwechsel!

Die diesjährigen Wahlen zu den Betriebsräten.

Die diesjährigen Wahlen zu den Betriebsräten sind von den Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband mitgeteilt:

Bekanntlich verlangt das Betriebsrätegesetz alljährlich Neuwahlen. Da das Betriebsrätegesetz im Februar 1920 erlassen wurde, bis dessen Inkrafttreten jedoch noch keine Bestimmung des Gesetzes ausgeführt worden sind, beruht die Neuwahl regelmäßig im März statt.

Die Gewerkschaften erstatten für diese Wahlen eine rege Arbeit. Das Betriebsrätegesetz ist nämlich ein ziemlich liberaler Wahlgesetz für die Bedeutung der einzelnen Gewerkschaftsorganisationen. Die sozialistischen, freien Gewerkschaften scheinen dieses Jahr alle Hände voll zu tun zu haben, um der Arbeit der Kommunisten zu begegnen. Der kommunalistische Laufweg beweist, daß die Betriebsräte von ihrer Arbeit, die Betriebsräte zu Helfen der politischen Arbeit auszuhalten, noch immer nicht abgetrennt sind.

Das Ergebnis der Wahlen wird in diesem Jahre leider nicht klar erkennen lassen, inwieweit die kommunalistische Richtung, welche die Arbeiter errödet gewinnen wird, nachdem zuerst die von den kommunalistischen Parteien zur Abwechslung wieder einmal die Partei ausgegeben wurde, den sozialistischen Gewerkschaften beizutreten, um sie von innen heraus kommunistisch zu durchziehen.

In der Angelegenheit der Wahlen dürfte sich vermutlich das Bild klarer entwickeln. Die Angehörigen haben überwiegend die Wahlen nicht so politisch, sondern nach gewerkschaftlichen Gesichtspunkten durchgeführt. Die verschiedenen Richtungen der großen Angelegenheiten sind ziemlich klar, dürfte also die Betriebs- und Gewerkschaftswahlen für die Wahlperiode 1926 bis 1927 gehen, welche Wahlen die Führung in der Angelegenheit der Wahlen sein werden.

Der größte Verband der männlichen kaufmännischen Angestellten, der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, tritt mit einem Antrag, daß die Wähler, das in seiner grundsätzlichen Haltung und der Betriebsräte neben der sozialpolitischen Betätigung, Gewerkschaften und den Unternehmern auf wirtschaftlichem Gebiet im Interesse des Wiederaufbaus der deutschen Wirtschaft fordert.

Neuer Bombenanschlag in Katowice.

In der Nacht zum Sonntag vom Sonntag wurde eine Dynamitbombe in das Haus Friedrichstraße 23 gelegt. In dem Bazar dieses Hauses befindet sich das deutsche Lokal der **Wirtin Wäcker**, in dem häufig von Deutschen gehalten werden. Die Dynamitbombe explodierte am Sonntagmorgen durch die Detonation aus dem Bazarereingang. Die Bombe zerbrach in viele Stücke, was sich nicht mehr möglich, die Täter zu fassen.

Das Haus wurde mit großer Gewalt zerstört. Die Wirtin Wäcker wurde durch die Bombe schwer verletzt. Die Wirtin Wäcker wurde durch die Bombe schwer verletzt. Die Wirtin Wäcker wurde durch die Bombe schwer verletzt.

Das preussische Staatsdefizit.

Einnahmen und Ausgaben im Januar 1926

Der Amtliche Preussische Pressekommunikat veröffentlicht nachfolgend eine Übersicht über die preussischen Staatseinnahmen und -ausgaben im Januar 1926 sowie eine Übersicht der Gesamteinnahmen und -ausgaben vom 1. April 1925 bis zum 31. Januar des Rechnungsjahres 1926.

I. Einnahmen	v. 1. 1. 1926	b. 31. 1. 1926
a) Reichsteuererlöse	90,0	90,0
(Staatsanteil)	59,0	59,0
b) Grundsteuererlöse	18,5	17,6
c) Haussteuererlöse	36,1	36,1
(Staatsanteil)	29,8	29,8
d) Sonstige Einnahmen	60,8	61,7
Summe	195,4	195,6

II. Ausgaben: 209,2 (209,1)

III. Rücklagen: 13,1 (13,1)

IV. Stand der schwebenden Schulden Ende Januar 1926: 111,5 Mill. RM.

Demnach ergibt sich für die ersten neun Monate des Rechnungsjahres 1926 ein Defizit von 13,1 Millionen Reichsmark und für den ganzen Monat 1926 ein Defizit von 13,1 Millionen Reichsmark. Wenn das Defizit für 1926/26 rund 175 Millionen Reichsmark für 1926/26 rund 175 Millionen Reichsmark, dann ergibt sich ein Defizit von etwa 175 Millionen Reichsmark, was dem Defizit des Jahres 1925/26 entspricht. Es werden die Herren Landtagsabgeordneten nicht lieber endlich mit dem Sparen einverstanden sein, als mit den unangenehmen Vermögensverlusten abzufassen?

Gemeindefusionen in spanischer Belandung.

Die Gemeindefusionen nach den in einer kürzlich erschienenen Broschüre des spanischen Reichsministeriums für die Provinzen, die die spanische Zeitung, das neutrale Madrid "A.B.C.", am 16. Februar d. J. veröffentlichte:

Die Deutschnationalen zum Zusammenbruch überlebten Tausende von Arbeitern und Betriebsräten. Die Deutschnationalen zum Zusammenbruch überlebten Tausende von Arbeitern und Betriebsräten. Die Deutschnationalen zum Zusammenbruch überlebten Tausende von Arbeitern und Betriebsräten.

Die Preußen spart!

Im Hauptausfluß des Preussischen Landtages erklärte der Vertreter des Finanzministeriums, daß die Preußen spart! Die Preußen spart! Die Preußen spart!

So heißt also wohl eine Schuldenpolitik aus Abwehrlust vor Antelligen, nicht aber ein "rechnerischer" Sparsinn. Die Preußen spart! Die Preußen spart! Die Preußen spart!

Gegen die Schreibe der Remter.

Der Bonner Oberbürgermeister hat an die hiesigen Dienststellen folgendes Rundschreiben erlassen: "Aus den bei mir zurückgelassenen Schriftstücken ist zu ersehen, daß die hiesigen Dienststellen die Bemerkung immer noch nicht geteilt haben. Ich erhalte ich langwierige Berichte, deren Inhalt in wenigen Zeilen gesagt werden kann. Es muß unbedingt darauf geachtet werden, daß die Berichte kurz und prägnant sind, und nicht mit dem Schreibe des Remter, was ich mit den hiesigen Dienststellen Zeit verlieren muß. Ich bitte alle meine Mitarbeiter, sich sehr kurz und einfach auszudrücken und Gleiches von ihren Untergebenen zu verlangen. Dieser hat der Oberbürgermeister die Bürgerpflicht, die hiesigen Dienststellen im Schriftwechsel mit den Behörden auf mögliche Räte zu achten."

Schade, daß der Herr Oberbürgermeister nicht vor allem auch gleich für unsere Parlamente anordnet kann, daß sie sich sehr kurz fassen sollen!

Aufhebung der Luussteuern.

Reichsfinanzminister Dr. Meißner hat in seiner Erhebung in Weidener die Aufhebung der Luussteuern in Aussicht gestellt. Die Aufhebung der Luussteuern in Aussicht gestellt. Die Aufhebung der Luussteuern in Aussicht gestellt.

Die leitenden Ideen im gegenwärtigen Rußland.

Prof. Dr. Sieben Sieben Sieben in der Kant...
 In die Tiefen der russischen Seele, die uns westlichen Völkern immer rätselhaft bleiben wird, übte der geistige Wortführer des Herrn Prof. Dr. Sieben Sieben Sieben in der Kant...
 In die Tiefen der russischen Seele, die uns westlichen Völkern immer rätselhaft bleiben wird, übte der geistige Wortführer des Herrn Prof. Dr. Sieben Sieben Sieben in der Kant...
 In die Tiefen der russischen Seele, die uns westlichen Völkern immer rätselhaft bleiben wird, übte der geistige Wortführer des Herrn Prof. Dr. Sieben Sieben Sieben in der Kant...

Ein unbekanntes Weltall?

Das erste Objekt im Weltallraum, von dem man weiß, daß es existiert, ist die Sonne. Das erste Objekt im Weltallraum, von dem man weiß, daß es existiert, ist die Sonne. Das erste Objekt im Weltallraum, von dem man weiß, daß es existiert, ist die Sonne.

Kein Ausschluss auswärtiger Schüler.

Das Preussische Staatsministerium hat eine entsprechende kleine Anfrage im Preussischen Reichstag beantwortet. Die Preussische Staatsministerium hat eine entsprechende kleine Anfrage im Preussischen Reichstag beantwortet.

Das Preussische Staatsministerium hat eine entsprechende kleine Anfrage im Preussischen Reichstag beantwortet.

Das Preussische Staatsministerium hat eine entsprechende kleine Anfrage im Preussischen Reichstag beantwortet. Das Preussische Staatsministerium hat eine entsprechende kleine Anfrage im Preussischen Reichstag beantwortet.

Das Preussische Staatsministerium hat eine entsprechende kleine Anfrage im Preussischen Reichstag beantwortet.

Das Preussische Staatsministerium hat eine entsprechende kleine Anfrage im Preussischen Reichstag beantwortet. Das Preussische Staatsministerium hat eine entsprechende kleine Anfrage im Preussischen Reichstag beantwortet.

Das Preussische Staatsministerium hat eine entsprechende kleine Anfrage im Preussischen Reichstag beantwortet.

Das Preussische Staatsministerium hat eine entsprechende kleine Anfrage im Preussischen Reichstag beantwortet. Das Preussische Staatsministerium hat eine entsprechende kleine Anfrage im Preussischen Reichstag beantwortet.